

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1857

27.3.1857 (No. 73)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. März.

N. 73.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld für: die gepaltene Preitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1857.

zur dänisch-deutschen Angelegenheit.

Berlin, 24. März. Die jetzt vollständig der Öffentlichkeit übergebene dänische Note vom 18. Februar findet in hiesigen politischen Kreisen keine günstigere Beurteilung, als die übrigen Kundgebungen des Kopenhagener Kabinetts. Man wirft derselben eine gänzliche Entstellung des wirklichen Sachverhältnisses vor, wenn darin gegen die deutschen Mächte die Anklage erhoben wird, ihre Reklamationen in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit stellten die europäischen Festsetzungen von 1851 bis 1852 in Frage und bedrohten die Existenz der dänischen Monarchie selbst.

Ein unbefangener Blick auf die in London abgeschlossenen europäischen Uebereinkünfte ergibt, daß von den Mächten in erster Linie eine Bürgschaft für die Integrität der dänischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Territorialbestande übernommen wurde. Diese Integrität ist von deutscher Seite nicht der mindesten Gefahr ausgesetzt. Die von Oesterreich und Preußen erhobenen Beschwerden beziehen sich lediglich auf die Form der dänischen Gesamtverfassung, sowie auf die Art ihrer Durchführung, und beschränken sich auch in dieser Hinsicht einzig und allein auf diejenigen Punkte, in denen man eine offenkundige Verletzung der verfassungsmäßigen, vom Bunde garantierten Rechte der deutschen Herzogthümer erblickt. Darin liegt kein Attentat auf die gemeinsamen europäischen Festsetzungen, welches den fremden Mächten ein Anrecht geben könnte, zur Wahrung der Londoner Uebereinkünfte einzuschreiten. Haben die Mächte seiner Zeit auch die Herstellung einer einheitlicheren Organisation des gesamtstaatlichen Verfassungswesens ins Auge gefaßt, so ist doch Dänemark weder ein bestimmter Weg für diese Organisation vorgezeichnet, noch gar die Form der vom Kopenhagener Kabinet wirklich durchgeführten Gesamtverfassung unter besondere Garantie genommen worden.

Namentlich aber haben die Mächte in gebührender Achtung des bestehenden Vertragsrechts sich fern davon gehalten, die Rechte und Interessen der zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer für vogelfrei zu erklären und dieselben als *corpus vile* ganz beliebig dänischen Verfassungsversuchen zur Verfügung zu stellen. Die Krone Dänemarks hat die Befugnis, eine Gesamtverfassung zu begründen; aber in Bezug auf das Wie der Ausführung war sie an die Beachtung des geltenden Rechts gebunden. Keine europäische Großmacht konnte ihr die Vollmacht erteilen, die vertragmäßigen Beziehungen der Herzogthümer zum Bunde zu verletzen; und sind in dieser Hinsicht Rechtsverletzungen vorgekommen, so ist es Sache des Bundes und zugleich eine innere Angelegenheit des Bundes, von dem Herzog von Holstein und Lauenburg die gebührende Berücksichtigung der ihm obliegenden Verpflichtungen zu verlangen.

Der Bund ist hiebei nicht Kläger gegen den König von Dänemark und nicht Richter in eigener Sache, sondern als oberste Autorität in den gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zieht er das Bundesmitglied, den Herzog von Holstein und Lauenburg, zur Verantwortung über sein Verfahren gegen die seinem Szepter unterworfenen Bundesländer. Dem fremden Mächten steht in dieser innern Angelegenheit des Bundes auch kein Schein von Kompetenz zu.

Lord Palmerston an seine Wähler.

London, 24. März. Lord Palmerston hat folgendes Schreiben an die Wähler von Tiverton gerichtet:

Meine Herren! Nachdem das Parlament aufgelöst worden ist, um den Wählern des Vereinigten Königreichs Gelegenheit zu geben, ihre Ansicht über die gegenwärtige Lage der Verwaltung auszusprechen, trete ich als Kandidat vor Sie hin, und erlaube Sie, mir das Zutrauen, das ich als Ihr Vertreter zu genießen so lange die Ehre hatte, fernerhin zu bewahren. Dem Urtheil des Landes liegt die Frage zur Entscheidung vor, welchen Männern die Schicksale der Nation anvertraut werden sollen, ob noch fernerhin den Mitgliedern der jetzigen Regierung, oder jenem Aggregat bisher einander widerstrebender Elemente, die ein gemeinschaftlich verabredetes Tadelvotum erst kürzlich gegen die Regierung ausgesprochen haben. Die Ansprüche, welche die jetzige Verwaltung auf das Vertrauen des Landes macht, stützen sich auf Thatsachen und Ereignisse, die einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte unserer Zeit bilden werden.

Dem Rufe unserer Monarchin folgend, übernahmen wir die Leitung der Staatsangelegenheiten unter nicht geringen Schwierigkeiten, inmitten eines großen Krieges, als diejenigen Männer, die bisher als Führer der Parteien angesehen worden waren, die Verantwortlichkeit der Aemter aus verschiedenen Gründen abgelegt hatten, oder auch nicht im Stande waren, ein Ministerium zu bilden, das ihrer Meinung nach der Krise gewachsen wäre. Wir haben den begonnenen Krieg mit Kraft und Energie, und in herzlichem Einvernehmen mit unseren tapfern Verbündeten — den Franzosen, Sardiniern und Türken — fortgeführt, wie brachten ihn zu einem erfolgreichen Schlusse, und das Ergebnis war ein Friedensvertrag, welcher die Zwecke des Krieges erfüllte und den Alliierten Bedingungen sicherte, die nach der Ansicht Einiger von Ihnen, auf die ich angespielt habe, vernünftiger Weise nicht vorgeschlagen und ganz unmöglich erreicht werden konnten.

Bei der Ausführung dieser Vertragsobligationen waren Schwierigkeiten in Bezug auf sehr wichtige Punkte entstanden. Die Festigkeit, mit

der Ihrer Majestät Regierung bei den Verhandlungen auftrat, hat am meisten dazu beigetragen, diese Schwierigkeiten befriedigend zu beseitigen, und folgerichtig wurde die vollständige Erreichung jener Vertragspunkte, die zu den Differenzen Anlaß gegeben hatten, gesichert.

Bei Beginn der Session kündigten wir unsere Absicht an, den Kriegsausschlag der Einkommensteuer abzuschaffen, und legten ein Budget vor, das mit einer Majorität von 80 Stimmen gebilligt wurde. Der persische Krieg, der von der persischen Regierung durch Angriffe und den Bruch einer früher eingegangenen Verpflichtung herbeigeführt worden war, ist durch einen in Paris abgeschlossenen Friedensvertrag zum Abschluß gelangt. Unsere diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind durch die Ernennung von Lord Napier und dessen Abreise nach Washington auf den alten Fuß gesetzt worden.

Äußerungen, die dem Parlament vorgelegt wurden, erklären die Gründe, aus welchen die Gesandten Englands und Frankreichs von Neapel abberufen wurden, und eine auf diese Vorlagen gestützte Motion ist nicht angeknüpft worden.

Die Opposition hat es für unmöglich gehalten, auf einen von allen diesen Gegenständen einen erfolgreichen Angriff gegen die Regierung zu wahren.

Wichtige Ereignisse jedoch, die Ihrer Majestät Regierung nicht voraussehen gekonnt und die durch keine ihrer Maßregeln veranlaßt sind, hatten sich in China begeben. Ein unverschämter Barbar, der in Canton das Regiment führt, hat das Ansehen der britischen Flagge verletzt, die Traktate gebrochen, Belohnungen für die Köpfe britischer Unterthanen in jenem Theile Chinas ausgesetzt, und durch Gift, offenen und geheimen Mord Anschläge zu ihrer Vertilgung gemacht. Die britischen Zivil- und Militärbeamten auf jener Station haben die ihnen geeignet und notwendig erscheinenden Schritte gethan, um Genugthuung und Entschädigung zu erlangen, und Ihrer Majestät Regierung hat gebilligt, was jene Beamten zum Schutze der nationalen Ehre und zur Behauptung der nationalen Rechte angeordnet hatten. Darauf hat eine erst in der letzten Session entstandene Kombination politischer Parteien eine Resolution durchgesetzt, welche die Maßregeln unserer Beamten in China als ungerechtfertigt hinstellt, und in Folge dessen Ihrer Majestät Regierung tadelt, weil sie diese Maßregeln billigte. War das Benehmen von Ihrer Majestät Regierung in der That nicht zu rechtfertigen, dann müßte sie den Chinesen Entschädigungen anbieten, statt diese zu fordern; müßte sie eine Entschädigung zu verlangen, diese dem chinesischen Kommissarius bieten; und Dies wäre die Politik, welche die vereinigten Gegner der Regierung zu befehligen konsequenter Weise sein müßten, so wie ihr parlamentarischer Stolz sie ins Amt gebracht hätte. Will das britische Volk seine Unterthänen Männern angedeihen lassen, die sich bestreben, die Erniedrigung des Landes als Schwelle zur Nachbeterlangung zu gebrauchen? Ich behaupte zuversichtlich, daß Dies nicht die Antwort auf die jetzt an die Wähler des vereinigten Königreichs gerichtete Appellation sein wird.

Wir bieten dem Lande eine auf ganz andere Grundsätze fußende Verwaltung. Unser erstes Bestreben wird es sein, dem Lande nach außen hin Frieden zu geben, einen Frieden, der ehrenvoll und gesichert sein wird, der unsere nationalen Rechte wahren, unsere Landleute im Auslande schützen wird. Die Grundsätze unserer innern Politik werden sein: eine vernünftige und wohlgeordnete Sparsamkeit; fortschreitende Verbesserungen in Allem, was das Wohl des Volkes betrifft; fernere Ausbreitung der Volkserziehung und wohlthätigere Reformen, wie sie durch den Wechsel der Verhältnisse und die zunehmende Intelligenz von Zeit zu Zeit notwendig werden dürften.

Auf diese Gründe gestützt, trete ich vor Sie hin, und erwerbe vertrauensvoll das Resultat, als einen Theil der feierlichen Entschlüsse, welche die Wählerchaften des Vereinigten Königreichs auszusprechen eben jetzt auf dem Punkte stehen.

Ich habe die Ehre etc.

Palmerston.

Aufstände in Persien.

Kaum sind durch den Friedensschluß mit England die Gefahren beseitigt, die der Krieg mit diesem mächtigen Staat für Persien hatte, so kommen andere über das Land, indem gleichzeitig an verschiedenen Punkten Empörungen ausbrechen. Wir geben im Nachstehenden die neuesten Nachrichten hierüber nach Mittheilungen aus Konstantinopel wieder. Darnach steht die Bevölkerung des Nord- und Südwestens des Königreichs in offenem Aufruhr.

Im Nordwesten steht das ganze Volk gegen die Habgucht und den Geiz des Kaimakan Mirza-Sadik, Gouverneur von Aserbajan und Neffe des ersten Ministers Mirza-Agha-Khan, auf. Nicht zufrieden, den Bewohnern seines Verwaltungsbezirks auf die unerhörteste Weise bedeutende Summen Geld abgepreßt zu haben, bemächtigte sich Mirza-Sadik neulich auch noch der ganzen Ernte unter dem Vorwande, für die künftigen Bedürfnisse der Armee Vorrathskammern anzulegen. In der That aber verkauft Mirza-Sadik das Getreide, welches er nun ganz in seinen Speichern aufgehäuft hat, um den dreifachen Preis. Die durch solche Gewaltthätigkeiten zum Ausherkommen gebrachte Bevölkerung von Tebris richtete an den Honorargouverneur Prinz Feruz-Mirza eine umfangreiche Vorstellung, worin sie die Abfertigung des Kaimakans verlangt. Feruz-Mirza jedoch wagte es nicht, direkt gegen den mächtigen Neffen des Ministers einzuschreiten. Er schickte deshalb durch einen Spezialkurier einen Bericht an den Schah ab. Aber kaum hatte sich der Sendbote auf den Weg gemacht, als er von den Leuten des Kaimakan, welcher von der Sache Wind bekommen hatte, aufgefangen wurde.

Man nahm der Staffette die Depeschen ab und überbrachte sie dem Kaimakan, der sich in seine Gemächer von Allan Rapou (Pallast des Gouverneurs) zurückzog, die Siegel erbrach, und die Anklageschrift las. Bald jedoch hatte die ganze Stadt von diesem Vorfalle Kunde erlangt. Das Volk erhob sich von neuem, rothete sich vor dem Pallaste zusammen, dem Kaimakan, seinen Anhängern und Mithülbdigen mit fürchterlichem Tode drohend. Vergebens versuchte es der oberste Geistliche, Mirza-Bakir, und der Prinz Feruz-Mirza selbst, die Aufregung zu beschwichtigen; die Menge verlangte die Auslieferung Mirza-Sadiks. Um seinen Kopf zu retten, sah der Kaimakan sich genöthigt, sich versteckt Nachts aus dem Pallaste zu flüchten; er floh auf das Land in einen, Buyuk-Khan genannten Weinberg. Unterdessen wurde das Schloß von den Rebellen geplündert, und sie beharrten auf ihrem Verlangen, den Kaimakan lebend oder todt ausgeliefert zu erhalten. Prinz Feruz besänftigte sie, indem er sie versicherte, daß Befehl zur Verhaftung Mirza-Sadiks gegeben sei, und dann rasche und strenge Strafe folgen solle. Bei Abgang der Post von Tebris waren noch 50,000 Menschen, d. h. der größte Theil der Bevölkerung, im Aufruhr.

Ähnliches ereignete sich im persischen Kurdistan, wo die Empörung drohende Verhältnisse annimmt. Der Dunkel des Schahs, Prinz Imam-Ko-uli-Khan, wird von der Bevölkerung verabscheut, weil er 1852 den Mollah-Teimour, einen der geachteten Babischs, tödten ließ. Das Volk erhob sich gegen seinen Gouverneur, der, um sich zu retten, aus dem Pallaste floh. Er wurde jedoch von den Rebellen gefangen, und wird sein Leben nur durch ein hohes Lösegeld erkaufen können; die Rebellen schrieben selbst an den Schah, um ihm den Preis mitzutheilen, welchen sie auf seines Oheims Leben setzten.

Die Truppen, welche die Regierung nach Afghanistan und Schiraz schickte, empörten sich in Masse und desertirten. Ein Theil floh gegen Ispahan, ein Theil gegen Irak-Adjanni, ein Theil endlich in die südöstlichen Provinzen des Reichs. Von den 25,000 Mann irregulärer Reiterei (Bashi-Bozuks), welche nach Fars oder Afghanistan abgegangen waren, haben mehr als 10,000 Führer und Fahne verlassen, um dem Raube obzuliegen. Auch in die Reihen der regulären Armee drang die Insubordination bereits ein, und man wagte es nicht, mit den Garnisonen gegen die Rebellen einzuschreiten. Angesichts solcher Anarchie in den persischen Grenzprovinzen haben die türkischen Gouverneure sich veranlaßt gesehen, Truppenelemente auf den persisch-türkischen Grenzen zu epheloniern.

Deutschland.

* Karlsruhe, 26. März. Wir entnehmen der im gestrigen Regierungsblatt erschienenen Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums über den Stand der Zehntablösung am 1. Jan. d. J. Folgendes: Von den 5751 Zehnten waren 5684 abgelöst, so daß nur noch 67 Zehnten abzulösen sind. Von den abgelösten Zehnten betragen die Ablösungskapitalien 40,547,778 fl. 30 kr. und die angewiesenen Staatsbeiträge 7,933,210 fl. 59 kr. Abgelöst wurden in der Zeit vom 1. März 1854 bis 1. Jan. d. J. 199 Zehnten mit einem Ablösungskapital von 667,214 fl. 23 kr. Das Steuerkapital aller bis 1. Jan. d. J. abgelösten Zehnten belief sich auf 51,689,843 fl. 41 kr., das der abgelösten Domänenzehnten insbesondere auf 26,355,452 fl. 21 kr. Das Ablösungskapital aller Zehnten war vor nun 24 Jahren bei Vorlage des Entwurfs an die Stände auf 40 Millionen geschätzt worden. Diese Schätzung ist ganz nahe erreicht; denn das bis 1. Jan. d. J. festgestellte Ablösungskapital beläuft sich, wie bemerkt, nicht viel über 40 1/2 Millionen Gulden, und wird sich durch den noch abzulösenden kleinen Rest der Zehnten nur um Weniges vermehren.

Von den auf den Zehnten ruhenden Baulasten war am 1. Jan. d. J. die Ablösung nur noch in wenigen Gemeinden zu vollziehen. Alle übrigen sind abgelöst mit einem Ablösungskapital von 4,847,110 fl. 31 kr. An auf dem Zehnten ruhenden Kompetenzen für Pfarr-, Schul- und Meschenerdienste waren abgelöst 378 mit einem Ablösungskapital von 1,184,049 fl. 30 kr. Von den auf den Zehnten des großh. Domänenarars lastenden Kompetenzen insbesondere war, was die Baulasten betrifft, am 1. Jan. d. J. die Abschätzung von 472 Kirchen, 391 Pfarrhäusern, und 9 Schulhäusern vorgenommen und nur noch von 3 Kirchen vorzunehmen, während, was die auf Domänenzehnten ruhenden Kompetenzen, 133 an der Zahl, betrifft, alle abgelöst sind mit einem Ablösungskapital von 449,274 fl. 32 kr.

§ Vom Bruchlein, 25. März. Die Landleute sind mit dem Bestellen ihrer Felder beschäftigt und die Märkte daher von Verkäufern wenig besucht; Zufuhren von Händlern werden für den Tagesbedarf gekauft, und Kartoffeln haben im Kleinverkauf angezogen, was denn auch die nahe Saatzeit mit sich bringt. In Bruchlein kauft man noch immer gute Waare um 20 bis 22 kr. das Simri, während in Mannheim 40 bis 45 kr. bezahlt werden, was wohl daher kommt, daß dort nicht nur von keinen Produzenten, sondern oft aus vierter Hand verkauft wird, die natürlichen Folgen des Kleinhandels, welcher dem Zwecke der Wochen-

märkte geradezu entgegengrückt. Die Preise der Früchte blieben seit dem 17. d. M. ziemlich unverändert. Der Gesamtverkauf in Heidelberg z. B. war 3 Mtr. Korn um 35 fl. 15 fr.; 126 Mtr. Kernen um 1895 fl. 12 fr.; 124 Mtr. Gerste um 1407 fl. 16 fr.; 59 Mtr. Spelz um 415 fl. 50 fr.; 51 Mtr. Haber um 292 fl. 54 fr. Der Tabakbau wird in der Pfalz dieses Jahr wohl um $\frac{1}{3}$ mehr Feld in Anspruch nehmen. Diejenigen Produzenten, welche ihre Erträge nicht noch haben, fordern fabelhaft, so daß es denn auch oft beim Fordern bleibt; nebenbei konnte bei der bisherigen trockenen, windigen Witterung nicht abgehoben werden. Die Preise für Pächter sind enorm gestiegen, und zwar bis 30 und 40 fl. der halbe Morgen jährlich; eben so theuer sind die Dünger, so daß bei den hohen Verkaufspreisen der Pächter doch wohl nur einen ordentlichen Tagelohn erübrigt. Die Viehzucht gerät leider immer mehr in Verfall.

Baden, 23. März. (Schw. M.) Ueberall regen sich bei uns alle Hände, und emsiges Leben und Treiben ist wahrzunehmen, wohin man blickt. Neben den zahlreichen Neubauten, die sich allenthalben erheben, nehmen auch die vielen Vergrößerungen und Erweiterungen bereits vorhandener Gebäude eine Masse von Arbeitern in Anspruch, so daß die Klage über Mangel an Arbeitskräften ziemlich häufig zu hören ist. — Im Konversationshause werden außer einigen Ausbesserungen keine Veränderungen vorgenommen, und was man daran beabsichtigte, ist auf spätere Zeit verschoben worden. Dasselbe gilt von dem Plage vor demselben, wo nur die Allee, die auf den linken Flügel zuführt, erhöht wird. Dies hat vielleicht zu der Meinung Veranlassung gegeben, daß mit den Kaufmannsbuden daselbst eine Aenderung vorgenommen würde; allein vor Vollendung des projektierten Theaterbaues ist daran nicht zu denken.

S* Aus dem obern Kinzigthal, 25. März. Aus leichtbegreiflichen Gründen verfolgt man hier die Verhandlungen der württembergischen Kammern über die Oberneckarbahn mit besonderem Interesse. Mag auch das Botum der Zweiten Kammer vor der Hand noch auf dem Papier stehen bleiben, so ist doch dieses Mehrverlangen und Mehrbewilligen gegen das, was die Regierung zur Zeit gewähren will, ein bedeutendes Zeichen, das denn auch den dringenden Wünschen der Bevölkerung am obern Neckar vollkommen entspricht. Die Bahn wird, wenn auch nicht so bald, wie es die Majorität der Abgeordneten wünscht, so doch jedenfalls in ihrer ganzen Ausdehnung früher zu Stande kommen, als Viele geglaubt haben mögen. Dies gibt denn auch unsern Wünschen nach Erbauung der Kinzigthal-Bahn eine gesteigerte Anregung. Kommt die Oberneckarbahn vor der Kinzigthal-Bahn zu Stande, so wird sie ohne Zweifel einen namhaften Teil des Verkehrs auf dem badischen Schwarzwald und bis Konstanz und Schaffhausen hin an sich ziehen, mag auch die erstrebte Fortführung der Bahn bis Schaffhausen noch lange auf sich warten lassen. Man findet hier in dieser Sachlage ein Motiv mehr, welches geeignet ist, dem Kinzigthalbahn-Projekt neues Leben zu geben.

Δ Vom Oberrhein, 25. März. Der Ausfall der Verhandlungen der Schaffhauser Konferenz wegen der Fortführung der Eisenbahn von Waldshut nach Schaffhausen hat in der Stadt Schaffhausen eine Unzufriedenheit erweckt, die noch fort dauert und sich vornehmlich gegen den Bevollmächtigten des Bundesrates, Hrn. Stämpfli, wendet, dem man die Schuld des Mißlingens geben will. Man geht wohl selbst so weit, die Meinung auszusprechen, daß zärtliche Sorge für die radikalen Bewohner von Hallau, sowie gewisse politische Mißstimmungen, aus der Zeit des Krieges wegen der Neuenburger Frage herrührend, nicht die letzten Motive gewesen sein möchten, die den marxistischen Parteimann mit geleitet hätten. Wir unsererseits wollen dies nicht behaupten; denn wir können uns nicht denken, daß solche kleinliche und persönliche Neigungen, wenn sie wirklich vorhanden gewesen wären, in einer so wichtigen Frage sollten den Ausschlag gegeben haben. Wir glauben aber diese vielgeäußerte Ansicht erwähnen zu müssen, um die Stimmung der Bevölkerung der Stadt Schaffhausen zu bezeichnen, die befürchtet, die Bahn gar nicht zu erhalten, wenn schweizerischer Seits auf der Richtung über Hallau bestanden wird. Dem Vernehmen nach sind deshalb schon verschiedene Schritte bei dem Großen Rath zu Schaffhausen geschehen, um ihn zur Wiederaufnahme und Beschleunigung der Verhandlungen mit der groß. badischen Regierung zu bestimmen. In diesem Sinne ist jetzt auch eine Eingabe an denselben von Seiten der Generalversammlung der Rheinfall-Bahn erfolgt. Da dieselbe in Kürze eröffnet werden wird, so erkennt man leicht, wie wichtig für sie der baldige Bau der fraglichen Strecke der badischen Eisenbahn ist. Ueberdies ist die Agitation für die Glattthal-Bahn nicht geeignet, diejenigen unserer schweizerischen Nachbarn, die ein natürliches Interesse der Fortsetzung der badischen Eisenbahn bis Schaffhausen haben, in Ruhe zu wiegen.

Stuttgart, 25. März. (Schw. M.) Bei der Kammer der Abgeordneten sind 22 Zustimmungserklärungen zu der Eingabe württembergischer Buchhändler, Buchdrucker, Zeitungsverleger u. c. an die Kammer der Abgeordneten in Betreff des Preßgesetzes-Entwurfes vom 20. Mai 1856 von Buchhändlern aus Eberach, Blaubeuren, Kannstadt, Eßlingen, Hall, Heilbronn, Wiesentstätt eingereicht worden. Der Beitrittserklärung aus Eßlingen ist beigefügt, daß früher von R. K. Georgii daselbst herausgegebene „Turnblatt“ sei in Folge der Preßverordnung, da für das in einer Auflage von 200 Exemplaren erscheinende Blatt eine Kautions von 3000 fl. verlangt worden sei, nach Leipzig übergesiedelt. — Der Bericht der staatsrechtlichen Kommission der Kammer der Abgeordneten über die Preßverordnung vom 7. Jan. 1856 zerfällt in 3 Abtheilungen von den Berichterstattern Mathes, Sarwey, und v. Schlayer. Die Kommission kommt zu dem Antrage auf

Anerkennung der Befugnis der Staatsregierung, den Bundesbeschuß vom 6. Juli 1854 über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse zur Nachachtung zu publizieren und in seinem preßpolizeilichen Theile durch bloße Verordnung in Vollzug zu setzen (jedoch vorerst abgesehen von den einzelnen Bestimmungen der Vollziehungsverordnung vom 7. Jan. 1856). Dieser Mehrheitsbeschuß hat sich durch 5 Stimmen (Camerer, v. Gemmingen, Mathes, v. Nig, Schuster) gegen 4 (Hager, Probst, Sarwey, v. Schlayer) gebildet.

Stuttgart, 25. März. Gestern kam die Eisenbahnfrage in der Ersten Kammer zur Verhandlung. Wir begnügen uns, hier das Resultat kurz mitzutheilen. In Betreff der Konseebahn wurde dem Beschuß der Zweiten Kammer mit 23 gegen 2 Stimmen beigetreten, da, wie der Kommissionsbericht sagt, die Kammer es für ein unfruchtbares Bemühen halten würde, nach der überwiegenden Mehrheit, die sich in der andern Kammer gegen das Ausgehen der Bahn von Konsee erklärt habe, den Vorschlag machen zu wollen, auf dasselbe zurückzukommen; aber es wurde der zweite Theil des betreffenden Beschlusses der Zweiten Kammer verworfen, wonach inzwischen von Heidenheim über Aalen nach Wasseralfingen gebaut werden soll. Damit fiel auch der weitere Beschuß der Zweiten Kammer, die Bereitwilligkeit zur Verwilligung der Mittel zum Bau einer Bahn von Aalen nach Omünd zu erklären. Der dritte Beschuß der Zweiten Kammer, einer Bitte an die Regierung wegen Untersuchung der Linie durch das Remstal von Kannstadt über Waiblingen und Schorndorf nach Omünd, zur etwaigen Erbauung einer Bahn in dieser Richtung, wurde unbedenklich gefunden, jedoch ausdrücklich erklärt, daß man damit einer Remstal-Bahn nicht das Wort reden wolle. Bei Besprechung des vierten Beschlusses der Zweiten Kammer wegen Fortführung der Verhandlungen mit Bayern erklärte der Finanzminister, daß durch den ersten Beschuß die Frage in ein ganz neues Stadium getreten sei, indem die Regierung nach dem Beschuß der Konseebahn nun die Bahn von Heilbronn durch das Köderrthal in der Richtung nach Nürnberg zunächst als dringendes Bedürfnis ins Auge fassen und dahin ihre Unterhandlungen mit Bayern erster Linie weiterführen werde. Von mehreren Rednern wurde gewünscht, daß es auch in Betreff eines Anschlusses bei Nördlingen nicht aufgegeben werde. — Hinsichtlich der Ober-Neckar-Bahn beschloß die Kammer, dem Regierungsentwurf, den Bau von Plochingen bis Neutlingen betr., beizustimmen und der Regierung den Weiterbau über Tübingen bis Neutlingen im Petitionswege zu empfehlen.

München, 24. März. (Schw. M.) Der Zusammentritt der Fachmänner, welche zur Berathung der von der Regierung entworfenen Reorganisation des Staatsbauwesens einberufen wurden, fand heute statt. Der Handelsminister eröffnete die erste Sitzung mit einer Ansprache, und wird auch in den folgenden Sitzungen, die in der Regel ohne Unterbrechung täglich stattfinden werden, unter eventuellem Stellvertretung durch den Direktor im Privatministerium, Hrn. v. Decker, den Vorsitz führen. Die Kommission besteht aus ungefähr 30 Mitgliedern aus allen Theilen des Landes. — Nachdem nunmehr die Krankheit der Prinzessin Luise eine, gegen die anfänglichen Befürchtungen günstigeren Verlauf nimmt, hat König Ludwig die auf heute festgesetzte Reise nach Italien diesen Morgen angetreten. Im entgegengesetzten Falle wäre dieselbe einweilen verschoben worden.

× Koblenz, 24. März. Mit dem Bau der linksrheinischen Eisenbahn von Rolandseck bis hierher fängt man jetzt endlich an, Ernst zu machen, indem die Erdarbeiten an verschiedenen Stellen mit dem 1. April begonnen werden sollen. Dasselbe wird auch mit den Brücken über die Ahr, Rette, und Mosel geschehen, für welche das Material größtentheils schon beschafft ist. Für die letztere Brücke ist dasselbe bereits massenhaft am Ufer hieselbst aufgehäuft, da dieselbe in ihrer Länge der Kölner Rheinbrücke nicht nachsteht wird, und man sieht unter anderen 1500 tannene Stämme und viele andere Gegenstände, die bloß zu den vorbereitenden Arbeiten bestimmt sind. An die Strecke von hier bis Bingen scheint man dagegen noch nicht zu denken; wenigstens sind noch keine Anzeichen einer baldigen Inangriffnahme zu bemerken.

Arolsen, 22. März. (Weff. J.) Der Antrag der fürstlichen Regierung auf Verbesserung der Staatsdiener-Gehalte kam gestern in öffentlicher Sitzung des Landtags zur Berathung. Nachdem die vier verschiedenen Auschußanträge, deren erster statt der geforderten 10,528 Rthlr. nur zwischen 4- und 5000 Rthlr., die beiden andern weniger, und der letzte nur 500 Rthlr. zur Unterstützung der Volksschullehrer bewilligt wissen wollte, abgelehnt waren, stellte der Abg. Wirths folgenden Antrag:

Stände beschließen, fürstl. Regierung mitzutheilen, daß sie nicht abgeneigt seien, die Gehalte der Staatsdiener zu verbessern, wenn es ohne neue Anstrengung der Geldkräfte des Landes oder der Steuerkräfte der Staatsangehörigen geschehen könne. Da fürstl. Regierung einen Weg, wie das Eine oder das Andere möglich zu machen sei, nicht vorgelegt habe, so proponiren Stände folgenden:

„Das Land emittirt neue 300,000 Thaler Papiergeld, welche an Grundbesitzer und an Gemeinden (an letztere vorzugsweise zur möglichst rascheren Erbauung von Bismarckwegen) gegen genügende Sicherheit und gegen 3 Prozent Zinsen ausgeliehen werden. Die daraus stießenden Zinsen zu 9000 Rthlr. werden zur Aufbesserung der Gehalte der Staatsdiener und der Volksschullehrer mit ständischer spezieller Bewilligung so lange verwendet, als näher zu bestimmende Theuerungen bestehen. Mit Wegfall der letzteren und auf die Dauer dieses Wegfalls werden die Zinsen zur Einlösung des betreffenden Papiergeldes verwendet.“

Nachdem dieser Antrag genügend unterstützt, die Ausführbarkeit des darin enthaltenen Planes aber von verschiedenen Seiten stark bezweifelt worden war, wurde er zur weiteren Prüfung an den Auschuß verwiesen.

Berlin, 24. März. In der gestrigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurden die Verhandlungen

über die Regierungsdenkschrift, betreffend die Mehrbedürfnisse des Staats, fortgesetzt. Die Tribünen sind schon frühe dicht gefüllt. Der erste Redner ist der Abg. v. Bardeleben. Er weist die Insinuation zurück, als ob die Verschlimmerung der Finanzverhältnisse dem „Konstitutionalismus“ zu verdanken sei. Im Uebrigen spricht sich Redner im Sinne der von der Linken bereits wiederholt aufgestellten Gesichtspunkte über die verlangten Mehrbedürfnisse aus. Er resumirt seinen Vortrag schließend dahin, daß die Regierung zuvörderst das Bedürfnis besser nachzuweisen habe; thue sie Das, und finde man, daß die sich jährlich herausstellenden Mehreinnahmen die Mehrbedürfnisse nicht deckten, so werde man sehen, was zu thun sei. Auch werde er für die Gebäudesteuer nicht stimmen, obgleich dieselbe ein Beginn zur Ausgleichung der Grundsteuer zu sein scheint. Es handle sich hier nur um eine halbe Maßregel, die die Gütsbesitzer schonen und die Hauptlast auf die Städte wälzen wolle. Das Gebäudesteuer-Gesetz sei also ungerecht. Stimme er aber gegen dieses Gesetz, so werde er zehnmal gegen die Erhöhung der Salzsteuer stimmen. (Bravo!) Der Finanzminister: Daß die Steuervorlagen keinen angenehmen Eindruck machen würden, habe die Regierung wohl voraussehen können; die Dringlichkeit der Bedürfnisse habe die Regierung indessen veranlaßt, über die betreffenden Bedenken hinwegsehen zu müssen. Redner geht hierauf auf die Bedürfnisfrage näher ein. Was die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit betreffe, so sei dieselbe zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der Armee durchaus nöthig; im Uebrigen überlasse er das Nöthige hierüber dem Kriegsminister zu sagen. Was die Verbesserung der Beamteneigenschaft betreffe, so sei die Nothwendigkeit derselben von keiner Seite in Abrede gestellt worden. Nur verlange man spezielle Nachweise über den Modus der Verbesserung. Preußen hätte 35,724 Beamte mit einem Gehalt von unter 400 Thlr., 4500 Beamte mit einem Gehalt bis 600 Thlr., 2400 Beamte mit einem Gehalt von 6- bis 700 Thlr., 3100 mit einem Gehalt von 7- bis 800 Thlr., 798 mit einem Gehalt von 8- bis 900 Thlr., und endlich 824 mit einem Gehalt von 900 bis 1000 Thlr. So weit wolle die Regierung, also mit Einschluß der Befoldung der Mitglieder der Landeskollegien, in der Gehaltsverbesserung gehen. Ueber die Nothwendigkeit, die genannten Befoldungskategorien, und vor Allem die erste, zu verbessern, werde kein Widerspruch sich erheben. Es frage sich nur, womit diese Mehrbedürfnisse decken? Man sage, mit den Mehreinnahmen. Aber Das sei unmöglich; es handle sich hier um eine Täuschung. Das Spezielle hierüber behalte er sich vor für die bevorstehende Berathung des v. Patow'schen Antrags. Es bliebe also Nichts übrig, als neue Steuern. Redner tritt sodann noch den im Verlaufe der Verhandlungen gegen die Regierungsdenkschrift aufgestellten speziellen Bedenken und sonstigen Einwürfen in längerer Rede entgegen. Der Kriegsminister: Den gegen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gemachten Einwürfen sei keine Bedeutung beizulegen. Die erste Autorität für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sei der oberste Kriegsherr, der König; die zweite Autorität sei der Prinz von Preußen. Auch er, der Kriegsminister, habe seine Erfahrungen in dieser Sache, und sein Vorgänger im Amte habe die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit für eben so nothwendig gehalten, wie er. Der verordnete General v. Griesheim habe die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit als eine Lebensfrage der Armee bezeichnet, und diese Bedeutung habe die Sache auch in der That. Auch an v. Boyens Urtheil erinnere er. Der Regierungskommissär: Die dreijährige Dienstzeit sei die Basis der ganzen preussischen Heeresverfassung. Wenn nun aber schon 1813 und 1814 die dreijährige Dienstzeit als Minimum für nothwendig bezeichnet worden sei, um wie viel mehr müsse diese Zeit dann jetzt in Anspruch genommen werden, wo die Taktik so große Fortschritte gemacht habe? Die zweijährige Dienstzeit sei in den dreißiger Jahren nur versuchsweise und lediglich zum Zwecke finanzieller Ersparnisse eingeführt worden, aber nicht ohne tiefe Bedenken. Wie sehr diese Bedenken begründet gewesen, das habe sich 1849 und 1850 bei der Landwehr gezeigt. Hierzu trete nun noch die große Veränderung der Schußwaffen, die ausgeübte Gymnastik u. c., wodurch auch wieder längere Zeit für die gehörige Ausbildung des Soldaten nöthig werde. Wie die Dinge jetzt stünden, könne die Ausbildung keine genügende sein. Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit sei daher um so nöthiger, als sie auch in Bezug auf die Ausbildung des Soldaten für das ganze Landwehrverhältnis ausreichen müsse. Krupka spricht für die Regierungsvorlage. Der Schluß der Generaldiskussion wird beantragt und angenommen. Der Berichterstatter Abg. Nathusius erhält noch das Wort, und dann erhebt sich nochmals der Finanzminister, um den Ausführungen des Vorredners, welcher die Ansichten der in Opposition stehenden äußersten Rechten, resp. der Kommission, vertritt, entgegen zu treten. Hierauf wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Berlin, 24. März. Im Hause der Abgeordneten zeigte der Präsident an, daß sich die Kommission zur Berathung der Vorlagen, betreffend das mit der Krone Dänemark getroffene Abkommen wegen Aufhebung des Sundzolls, gebildet habe. Vorsigender der Kommission ist der Abg. Frhr. v. Patow. Auf der Tagesordnung stand der Bericht der Kommission für Finanzen und Jolle über den Antrag des Abg. Frhrn. v. Patow. Der Bericht der Finanzkommission über den Antrag der Staatsschulden-Kommission („das Fernhaus wolle beschließen, wiederholt die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung den beiden Häusern des Landtages eine Vorlage über die Verwendung der durch Prälision gewonnenen 308,910 Rthlr. Kassenanweisungen und 85,626 Rthlr. Darlehens-Kassenscheine zugehen lassen werde“) wurde vom Herrenhause genehmigt. — Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen begibt sich Mitte April von Koblenz nach Mainz und wird als Gouverneur für einige Wochen seine Residenz in dieser Bundesfestung nehmen. — Graf Pourtales, Hr. v. Rougemont, und andere

Neuenburger Royalisten haben eine sehr bedeutende Summe zur Unterfützung der im Exil lebenden Neuenburger Royalisten, die der Hilfe bedürftig sind, zusammengeschossen.

Wien, 23. März. Die „Deferr. Ztg.“ ihre Version aufrecht haltend, meldet: Die österreichische Gesandtschaft werde förmlich von Turin abberufen; doch werden dem hiesigen Gesandten Piemonts seine Pässe nicht zugestellt. — Der Erzbischof von Wien hat, wie man der „Spen. Ztg.“ schreibt, an das Kultusministerium das Begehren gerichtet, eine Reihe ausländischer Blätter, welche angeblich dem Katholizismus sehr feindliche Tendenzen verfolgen, in ganz Oesterreich zu verbieten und die hiesigen Korrespondenzen auswärtiger Zeitungen besser zu „überwachen“. Die zum Verbot beantragten Blätter sind die „Breslauer Zeitung“, das „Frankfurter Journal“, die „Deutsche Allg. Zeitung“, die „Hamburger Nachrichten“, und die „Neuen Münchener Nachrichten“. Der Kultusminister hat das Ansinnen bereits an die andern Zentralbehörden geleitet.

Frankreich.

Paris, 25. März. Heute fand im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die vierte Konferenz in der Neuenburger Angelegenheit statt. Der Schweizer Gesandte wohnte derselben bei. — Die den Ministern für das Jahr 1858 bewilligten Kredite für die Staatsschuld belaufen sich auf 1,171,321,798 Fr., und die Einnahmefosten auf 545,664,392 Fr.; die Ausgaben werden also im Ganzen auf 1,716,986,190 Fr. geschätzt. Dagegen belaufen sich die Einnahmen auf 1,737,115,171 Fr.; es besteht also zu Gunsten der Einnahmen ein Ueberschuß von 201,128,981 Fr. — Man schreibt dem „Pays“ aus Madrid, daß die mexikanische Angelegenheit in eine neue Phase einzutreten schien. Es scheint gewiß, daß selbst im Fall eines Arrangements das spanische Geschwader ein Truppenkorps ausstatten und dieses einen Punkt des mexikanischen Gebiets besetzen werde, bis zur Ausführung der etwaigen Arrangements und zum Schutze der spanischen Interessen, welche die mexikanische Regierung bei der im Lande herrschenden Anarchie nicht zu beschützen vermag.

Großbritannien.

London, 23. März. Die letzten Augenblicke des verewigten Unterhauses bedürfen noch einer nachträglichen Bemerkung, da es gleichsam noch im Sterbestübchen sich mit irdischen Sorgen beschäftigt. Die meisten Mitglieder sehen einer baldigen, obwohl wegen der Kostspieligkeit eben nicht frohlichen Wiederkehr entgegen, und so blieb die Stimmung gerade so weltlich, wie an gewöhnlichen Arbeitstagen. Zwanzig Minuten vor 2 Uhr nahm der Sprecher zum letzten Mal seinen Stuhl ein, und nicht wenig Heiterkeit erregte es unter den 50 anwesenden ehrenwerthen Gentleman, als M. D. Donoughue, der an Stelle des ausgetretenen James Sedley kürzlich für Tipperary gewählt wurde, vortrat, um seinen Eid abzulegen und seinen Sitz einzunehmen. Lord Palmerston setzte einen mit dem Kaiser von Marokko abgeschlossenen Vertrag auf den Tisch und beantwortete eine Interpellation Mr. T. Duncombe's, die Beziehungen zu Neapel anlangend, dahin, daß keine Eröffnungen im eigentlichen Sinn des Wortes von der Regierung Neapels der englischen und französischen Regierung gemacht worden seien, seit der diplomatische Verkehr abgebrochen worden. Auf indirektem Wege jedoch habe die neapolitanische Regierung anfragen lassen, ob die Vollziehung des mit dem argentinischen Staatenbund geschlossenen Vertrages zur Verbannung neapolitanischer Staatsgefangenen nach Südamerika als ein deutliches Anzeichen betrachtet werden würde, daß jenes gemäßigtere Regierungssystem, dessen Einführung in Neapel von den Kabinetten von Paris und London so gewünscht wird, wirklich begonnen habe. Im Namen der britischen Regierung sprechend, müsse er (Palmerston) sagen, daß eine Austräumung der neapolitanischen Kerker, welche auf dem erwähnten Ver-

tragswege geschehen würde, ohne Zweifel, um die Gefängnisse durch neue Verhaftungen wieder füllen zu können, nicht als jene Art von Systemänderung angesehen werden könnte, durch welche die Zwecke erfüllt scheinen würden, um deren willen der diplomatische Verkehr abgebrochen worden ist. (Hört! hört!) Nach einer kurzen Diskussion, die Telegraphenlinie von Seleucia nach Bassora betreffend, erschien Sir A. Cliford, der Träger des schwarzen Stabes, und lud die Gemeinen zur Anhörung der königl. Entlassungsbootschaft ins Oberhaus. Zwanzig Minuten später kehrte die kleine Versammlung zurück, der Sprecher verlas die Thronrede, alle Anwesenden, Regierungs- wie Oppositionsmitglieder, schüttelten dem Sprecher, und Einer dem Andern zum Abschied die Hände, und bald darauf war das Unterhaus (nebst dem besagten Mr. D. Donoughue) aufgelöst. — Den Mittheilungen, die bis jetzt bei Lloyd eingetroffen sind, zufolge waren durch den Sturm während der vergangenen Woche nicht weniger denn 40 Schiffe geschleitet. Mehrere davon sind mit Mann und Maus zu Grunde gegangen.

London, 24. März. Die Berichte über den Fortgang der Wahlen in jenen Flecken und Grafschaften, wo ein Wahlkampf im Gange ist, mitzutheilen, wäre nur verlorene Mühe. Denn die Wahrheit ist schlechterdings nicht zu ermitteln, da jedes Wahlomitee den Sieg ihres Kandidaten als ganz gewiß ausposaunt. Aus den Provinzblättern, die sämtlich dieser oder jener Partei dienen, kann man somit über die wahre Sachlage nichts erfahren, bevor nicht die Abstimmung selbst im Gange ist. In London selbst merkt man von einer hitzigen Wahlagitatioon sehr wenig. Große Plakate für Lord John Russell und Rothschild, Bänkefänger vor der Guildhall, die bezahlt sind, Spottlieder gegen den Einen oder Andern abzusingen, deren Vortrag aber so undeutlich nährend ist, daß kein Mensch daraus flug werden kann, wen sie preisen und wen sie verspotten, Einladungen zu Privat- und öffentlichen Meetings, das ist Alles, was sich von der Wahlagitatioon auf der Straße zeigt. Außerhalb der City ist bis jetzt so viel wie gar nichts zu merken. Rothschild gibt seinen Glaubensgenossen in der City in einem an sie gerichteten Rundschreiben die Versicherung, daß er sein Mandat niederlegen werde, sobald es sich zeigen werde, daß die politische Emanzipation der Juden auch in diesem Parlamente, das zu verächtlich liberal ausfallen werde, nicht durchgehen könne. — Feruk-Khan hat gestern bei Hofe gespeist. — Gestern ist für 60,000 Pf. St. Silber aus Frankreich und für 27,000 Pf. St. Silber aus Antwerpen in England angekommen, um mit dem nächsten Dampfer nach dem Orient abzugehen. Gleichzeitig wurden 31,000 Pf. St. in Sovereigns aus der Bank genommen zu weitem Silberankaufen auf dem Kontinent.

Amerika.

Washington, 11. März. Der mexikanische Vertrag ist vom Präsidenten verworfen worden. Der Senat hat den Dallas-Clarendon-Vertrag in seiner amendirten Form mit 31 gegen 15 Stimmen ratifizirt. — Aus Neu-Orleans, 11. März, telegraphirt man: General Walker's Truppen sind stromauf vorgedrungen und haben einen Dampfer nebst Waffen und Kriegsbedarf in ihre Gewalt bekommen. — Die Republikaner im Senat haben eine sehr schwache Vertretung in den Ausschüssen erlangt, indem in allen wichtigen Komitees fünf Siebentel der Stimmen den Demokraten zugefallen sind. Mr. Crittenden hatte mehrere Resolutionen eingebracht, welche die neue Pariser Seerechts-Erklärung als ungenügend ablehnen und die vollkommene Heiligkeit schwimmenden Eigenthums in Kriegzeiten fordern. Die Resolutionen sind dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Vermischte Nachrichten.

Durlach, 25. März. Auf dem am letzten Montage stattgehabten Faselmarkte fanden sich etwa 30 Stüde vor. Eine Kommission wählte daraus 5 zur Nachzucht besonders geeignete Thiere aus, und ertheilte

ihren Eigenthümern Preise und Diplome. Einen dieser Stiere kaufte die Stadt Durlach, die 4 anderen die großh. Zentralstelle für die Landwirthschaft.

— **Augier**, der Akademiker in spe, der nach aller Wahrscheinlichkeit den leeren Sitz unter den Auserwählten der französischen Geistesaristokratie einnehmen wird, hat namentlich unter den Possitoren viele Feinde. Man erzählt sich nun, daß Augier, als er sich unlängst einem sehr großen Herrn vorstellte, von diesem mit den nicht sehr ermunternden Worten empfangen wurde: „Mein Herr, ich muß Ihnen gestehen, daß ich noch nicht eine Zeile aus Ihren Werken gelesen habe.“ „Dagegen muß ich Sie versichern“, erwiderte Augier schlagfertig, „daß ich einen unwiderstehlichen Drang hatte, die Ihrigen zu lesen, daß ich sie daher aufs eifrigste gesucht habe; leider konnte ich sie nirgends finden.“

— **Thomas Magruder**, der als „Uncle Tom“ im Roman der Mrs. Beecher Stowe bekannte Heger, ist vor kurzem im Alter von 110 Jahren gestorben. Sein Haus war seit Jahren in Indianapolis, wo er lebte, als „Uncle Tom's Cabin“ bekannt. Dori hatte Mrs. Stowe und ihr Bruder den alten Mann, der von seinen Nachbarn sehr geachtet wurde, mehrere Male besucht, und somit ist es sehr wahrscheinlich, daß er die nächste Veranlassung zu dem Roman war.

Paris, 24. März. Vor einigen Tagen sah man auf dem Markte eine Anzahl von Pallendamen sich um einen hübschen Infanterieoffizier drängen und ihn mit sichtlichem Wohlgefallen begrüßen und umarmen. ... Vor etwa 15 Jahren Abends sah ein zwölfjähriger Knabe vor froh kappernd, denn es war bitter kalt, auf den Stufen der Fontaine des Innocenz, welche in der Mitte der Markthallen steht. Der arme Kleine weinte und erzählte, um den Grund seines Kummers befragt, daß er eine Waise sei, daß sein Vater ihn vor seinem Tode in die Lehre gegeben, nun aber sein Meister ihn forszogt habe, angeblich, weil er nicht kräftig genug sei. Die Damen der Hallen haben das Herz auf dem rechten Fleck, und unter ihrem nicht immer reizenden Aeußern bergen sie Gefühl und Religiosität. Mehrere von ihnen beistehen sich, das Kind zu wärmen und zu sättigen, und veranstalteten sodann eine Kollekte auf den Märkten. Das Erträgniß genügte zum Unterhalt des Knaben für einige Monate. Er wurde der „Sohn der Hallen“, und eine alte Stochfischhändlerin nahm ihn als Adoptivkind zu sich. Das gute Naturel des Knaben, sein vortheilhaftes Betragen, seine Dankbarkeit und Artigkeit erwarben ihm die lebhafteste Zuneigung der neuen und zahlreichen Familie, welche ihn in ihren Schutz genommen hatte. Man ließ ihn sorgfältig erziehen, und die guten Frauen waren von seinen Fortschritten entzückt. Als er das erforderliche Alter erreicht hatte, trat der Knabe, seiner Neigung folgend, in die Armee. Bei Ausbruch des Kriegs mit Rußland war er Sergeant, und folgte seinem Regimente in die Krimm. Lange Zeit, wenn auch selten, erhielt seine Pflegemutter Briefe von ihrem lieben D..., die dann in den Hallen von Hand zu Hand gingen, und von Allen mit größter Theilnahme gelesen wurden. Plötzlich hörte die Korrespondenz auf; ein Jahr verstrich ohne Nachricht, und die Damen der Hallen betrauerteten bereits den Tod ihres Sohnes, als vorsehern ein Leutnant, die Ehrenlegion auf der Brust, an den Stand der betagten Fischhändlerin tritt, ihr (sie wußte kaum, wie ihr geschah) um den Hals setzt und sich als den Adoptivsohn zu erkennen gibt. Nach der Belagerung Sebastopols, wo er Orden und Epaulette errungen hatte, ergriff ihn das Fieber, welches so viele Leute hinraffte, und sesselte ihn lange, lange Tage an ein Spital Konstantinopels. Die gute Frau wußte erst vor Freude und Ueberraschung nicht, was sie thun sollte; als sie einigermaßen zu sich gekommen war, nahm sie stolz ihren Sohn unter den Arm und führte ihn zu all seinen Müttern, die sich herzlich freuten, ihre Wohlthaten so gut angebracht zu haben.

— In Aix plauderte neulich, wie der „Indep.“ geschrieben wird, der Erziehungsminister Cremieux für einen Kaufmann, der die Ladung seines Schiffes, nachdem er telegraphisch aus Konstantinopel dessen Untergang erfahren, versichert hatte. Da der Code pénal diesen Mißbrauch des Telegraphen nicht vorgesehen hatte, so gelang es der Kunst des Bertheidigers, seinen Klienten zu retten.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 27. März, 2. Quartal, 44. Abonnementsvorstellung. **Ein Dorfgeschichtchen**; Lustspiel in 1 Akt, von Gernold. **Hierauf: Der verwunschene Prinz**; Schwank in 3 Akten, von Plög.

C.504. Im Verlag von Franz Duncker in Berlin erscheint täglich die

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke. Preis vierteljährlich bei allen k. preuß. Postanstalten 25 Sgr.; bei den übrigen 1 Ztr. 6 Sgr. — Insertionsgeb. 2 Sgr. d. Zeile.

Diese billige aller politischen Zeitungen gibt täglich eine treffende Beleuchtung der Zeitfragen und eine gebräugliche Uebersicht der Ereignisse. — Außerdem enthält die Zeitung naturwissenschaftliche Artikel von A. Bernstein, und zieht sonntäglich in besonderer Beilage auch Literatur, Kunst und Wissenschaft in ihr Bereich. — A. Dieserweg urtheilt in den Rheinischen Blättern über die Volkszeitung: „Kein deutsches Blatt hat für das Volk im engeren Sinne des Wortes Ähnliches geleistet; aber auch der gebildetste Mann wird sie mit Vergnügen und Begehrung lesen. Es ist ein Volksblatt, das auf der Höhe der Zeit steht; denn sein Ziel ist die Belebung und Hebung des Volksbewußtseins, die Verwirklichung und Läuterung seines politischen Strebens, die Entwicklung und Steigerung seiner geistigen Beschäftigung.“

Die Volkszeitung ist, wie schon aus diesem Urtheil hervorgeht, durchaus kein Lokaltat, sondern wird mit gleichem Interesse an allen Punkten Deutschlands gelesen werden, indem sie dem Bedürfnisse nach politischer Aufklärung wie belehrender Unterhaltung in einer Vereinigung entspricht, wie solche um so geringeren Preis und in so glücklicher gedräugter Darstellung von keinem andern Blatte erreicht wird.

C.518. **Eßlingen.** Die Badische Landeszeitung enthält in ihrer diesjährigen Nummer 58 einen Artikel über die Maschinenfabrik Eßlingen, welcher zum größten Theil, und wie es scheint aus böswilliger Absicht, Unwahrheiten enthält. Ich habe die Redaktion um Mittheilung des Namens des Verfassers gebeten, darauf aber eine ablehnende

Antwort erhalten; es bleibt mir daher nur übrig, auf diesem Wege den unbekanntem Verfasser als einen Menschen zu bezeichnen, welcher sich mit Verbreitung von Unwahrheiten abgibt. Eßlingen, den 25. März 1857.

Emil Kessler.

C.501. **Speyer.** **Für Geometer.** Ein Münchener Theodolit, zum Stationiren, Trianguliren und Niveliren gleich bequem, förderlich und genau, ist in Speyer bei dem Geometer **Kauz** zu verkaufen.

Offene Lehrlingsstelle. In der Apotheke einer Universitätsstadt Badens ist für einen jungen gebildeten Mann eine Lehrlingsstelle offen. Wo, ist zu erfragen bei der Expedition dieses Bl. C.499.

B.912. **Neue Erfindung und außerordentliche Verbesserung.** Photographie auf Papier u. Daguerreotypie; Portraits in einer Minute, mit natürlichen Farben und verbürgter Aechtheit, von 5 Fr. an und darüber. — Vollständiger Lehr-Cursus 100 Fr. — Encyclopädie der Photographie, Handbuch zur Erlernung dieser Kunst, 1 vol. 5 Fr. statt 10 Fr. **Legros**, Prof., Palais-Royal, No. 116, Galerie de Valois, in Paris.

C.275. **Karlsruhe.** **Leihhauspfänder-Versteigerung.** In dem Leihhaus-Bureau werden versteigert, **Freitag, den 27. März d. J., Nachmittags 2 Uhr:** Kleidungsstücke, Leinwand, Luch, Kattun und sonstige Ellenwaaren. **Karlsruhe, den 19. März 1857.** Leihhaus-Verwaltung.

236. In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Karlsruhe in der **S. Braun'schen** Hofbuchhandlung und in der **Holzmann'schen** Buchhandlung; in **Mastatt bei Svanemann**; in **Pforzheim bei Schwarz**. — **Reformatoren und Märtyrer der evangelischen Kirche** in England, nach ihrem Glauben, Leben und Ende, dargestellt von **J. Mürdter**. Mit einem Vorwort von **L. Schler**. Preis 54 kr. oder 16 Ngr.

Das Leben und Ende der treuen, gläubigen Christen früherer Zeiten hat, wenn sie auch einem andern Volke angehört haben, jederzeit eine erbauende und stärkende Kraft für diejenigen gehabt, welche nicht nach Streit und Verdammung, sondern nach göttlichem Lichte und ursprünglicher Erkenntnis der seligmachenden Wahrheit verlangten. Das Wort: „Gedenket an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben“, bezieht sich nicht bloß auf die Lehrer und Hirten einzelner Gemeinden, sondern auch auf alle diejenigen, welche durch ihren Glaubenskampf, ihre Geduld und ein göttliches Ende vorangeleuchtet haben. Die Märtyrer und Reformatoren in England haben treu und redlich gekämpft und gebuhlet; wir haben die Früchte und Ertrugenschaften ihrer Kämpfe zu genießen und sollten billig ihr Gedächtniß in Ehren halten, daß wir, ihr Ende anschauen und ihrem Glauben nachfolgen.“

Die wahre katholische Kirche und ihr Oberhaupt. Ein Zeugniß für Priester und Volk von **A. Henhöfer**. 8 fr. **Die gute Sache der evangelischen Kirche.** Drei Briefe von **D. Schenkel**, Prof. in Heidelberg. 6 fr.

Heidelberg. Universitätsbuchhandlung von **Carl Winter**. (Nicht zu verwechseln mit Ch. Fr. Winter's Verlagshandlung, jetzt im Besitze des Herrn **E. Polz** in Leizsig.) C.498.

Bad Gleisweiler

in der Rheinpfalz, Eisenbahn-Station Landau. Die **Wasserkur** wird hier zu jeder Jahreszeit, die **Molkenkur** vom 20. April an gebraucht. Prospekte ertheilt die Expedition dieses Blattes gratis, jede nähere Auskunft *) **Dr. med. L. Schneider**, poste rest. Landau (Pfalz).

*) Siehe „Bad Gleisweiler, nebst praktischen Bemerkungen über Wasser-, Mollen- und Traubenkuren.“ Von **Dr. med. L. Schneider**. Neuhadt a. d. Haardt.“ Gottschalk'sche Buchhandlung. Preis 54 fr.

C.495. **3 Springen.** **Eichen- und Forsten-Versteigerung.** Die Gemeinde 3 Springen, Oberamts Pforzheim, läßt Freitag, den 3. April l. J., Vormittags 10 Uhr, in ihrem Gadenhieb und im Distrikt Sommerrain 14 Stück Eichen und 4 Stück Forsten, größtentheils zu Holländerholz geeignet, versteigern. Die Zusammenkunft ist bei der Wohnung des Bürgermeisters. 3 Springen, den 25. März 1857. Bürgermeisteramt. **Gra u.**



C.510. Nr. 800. **Karlsruhe.** **Fruchtversteigerung.** Dienstag, den 7. April 1857, Nachmittags 3 Uhr, werden auf der Domäne Stutensee öffentlich versteigert: 16 Malter Weizen, 40 Korn. **Karlsruhe, am 24. März 1857.** Großherzogliche Gutverwaltung.

